

GESCHICHTE



Napoleon – Erfinder der modernen Schweiz

Von Thomas Maissen

Die Mutterliebe

Muss eine Frau ihre Kinder lieben? Die Geschichte eines Gefühls

68

Hitlers Schweiz

Was wäre passiert, wenn Deutschland die Schweiz erobert hätte?

81

Das fatale Gesuch

Im Mai 1992 wollte der Bundesrat in die EG. Eine Rekonstruktion

95

Der Erfinder der modernen Schweiz

*Warum Napoleon die wichtigste Einzelfigur
in der Geschichte unseres Landes ist*

Von Thomas Maissen



Glückliche Ereignisse haben mich an die Spitze der französischen Regierung berufen, und doch würde ich mich für unfähig halten, die Schweizer zu regieren», sagte der Mann, der sich bei gleicher Gelegenheit «als geborener Bergbewohner» vorstellte, weshalb er den Geist dieser Schweizer Bergler gut verstehe. Im Dezember 1802 richtete Napoleon Bonaparte diese Sätze (Wortlaut auf S. 42) an die «Consulta». Er hatte diese Versammlung von 63 Gesandten nach Paris eingeladen, um mit ihnen über die politische Umgestaltung ihres Landes zu beraten. Und trotz der Koketterie über die eigene «Unfähigkeit» verstand der Korse die Schweiz besser als die meisten Schweizer.

Napoleons äusserst erfolgreiche und folgenreiche Vermittlung zwischen den zerstrittenen Eidgenossen in den Jahren 1802/03 machte ihn zur wichtigsten Einzelfigur der Schweizer Geschichte. Die «Franzosenzeit» hatte zwar bald einen schlechten Ruf in der Schweiz, doch hat Napoleon nicht nur die bis heute gültigen Kantonsgrenzen geschaffen, sondern auch eine grundlegende Modernisierung des Landes, wozu die Eidgenossenschaft selbst nicht fähig gewesen wäre.

Napoleons kreative Vermittlungsleistung hat weder im kollektiven Gedächtnis noch in der Geschichtswissenschaft gebührend Anerkennung gefunden. Dabei ist sie fast so erstaunlich wie die gesamte Karriere dieses korsischen Kleinadligen, der 1768 als Napoleone di Buonaparte zur Welt kam, ein Jahr nachdem Genua die Insel an Frankreich abgetreten hatte. Französisch lernte er erst als Schüler, später machte der Artillerieoffizier in der Revolution schnell Karriere und wurde mit siebenundzwanzig Jahren Befehlshaber der Armee, die in Oberitalien die Österreicher 1797 zum Frieden von Campo Formio zwang. Obwohl seine Ägyptenexpedition 1798/99 scheiterte, war der berühmte General längst ein innenpolitischer Machtfaktor, als die

«Ich selbst bin ein geborener Bergbewohner; ich kenne den hieraus entspringenden Geist.»



Der Freiheitsbaum auf dem Basler Münsterplatz. Kolorierter Kupferstich von Ludwig Friedrich Kaiser, 1798.

stets ergebenen Truppen den dreissigjährigen Bonaparte am 9. November 1799 durch einen Putsch an die Staatsspitze beförderten. Napoleon erklärte die Revolution für abgeschlossen, bewahrte aber viele ihrer Errungenschaften, als er ein konstitutioneller Alleinherrscher wurde, zuerst als Erster Konsul und ab 1804 als Kaiser. Über den Verfassungsgedanken und Plebiszite hielt er am Prinzip der Volkssouveränität fest, ebenso über ein gefügiges Parlament am Repräsentationssystem. Symbol des Rechtsstaatsgedankens weit über Frankreich hinaus wurde der Code civil oder Code Napoléon, ein Zivilgesetzbuch, das auf der Idee eines säkularen Staates, der bürgerlichen Gleichheit, der Eigentumsgarantie und wirtschaftlichen Freiheit ruhte und persönlich-feudale Abhängigkeiten verbot.

Napoleon machte seine Brüder, Verwandten und Vertrauten zu Königen und Fürsten, von Spanien und Neapel bis Schweden, wo noch heute mit Carl XVI. Gustaf ein Nachkomme von Napoleons General Jean-Baptiste Bernadotte thronet.

Solche Karrieren waren undenkbar in der ständischen Gesellschaft des Ancien Régime. Sie eröffneten sich im Revolutionszeitalter vor allem in der Armee mit der neuen allgemeinen Wehrpflicht. Die patriotisch motivierten und meritokratisch organisierten Volksheere eröffneten Aufstiegschancen, zumal viele hochadlige Offiziere emigriert waren. Napoleon war sich allerdings bewusst, wie fragil seine im herkömmlichen Sinn illegitime Position blieb. 1802 verglich der Erste Konsul seine Stellung mit derjenigen der Erbkönige von Gottes Gnaden. «Die französische Regierung ist von der Welt, die sie umgibt, völlig verschieden. Von seinen Nachbarn gehasst, gezwungen, in seinem Inneren verschiedene Klassen Übelwollender im Zaume zu halten und zugleich so vielen äusseren Feinden zu imponieren, bedarf der französische Staat glänzender Taten, und deshalb des Krieges.» Tatsächlich musste Napoleon dauernd neue Triumphe erringen, um seine Untertanen an der Beute zu beteiligen, die er im Ausland eintrieb.

Auch die Eidgenossenschaft steuerte unfreiwillig solche Abgaben zu Napoleons Expeditionen bei. Zwar war sie ein althergebrachter Freistaat, aber ihr Fundament war ein völlig anderes als in den neuen Republiken Frankreich oder USA. Dort bestand es in der naturgegebenen Freiheit und

Gleichheit aller Bürger; in der Schweiz gerade umgekehrt in der ständischen Ungleichheit, die den Regimentsfähigen vom gewöhnlichen Bürger und diesen vom Untertanen ebenso schied wie den alteingesessenen Gemeindeglieder vom minderberechtigten Hintersassen. Die alten Republiken verstanden Freiheit als Teilhabe an der kollektiven Herrschaft über Unfreie. In den neuen Republiken, aber auch in liberalen Monarchien wie Grossbritannien bedeutete Freiheit, dass individuelle Bürger unter ihresgleichen ungehindert ihre persönlichen Ziele verfolgten. Als Voraussetzung dafür sahen liberale Vordenker wie Montesquieu und Kant die Gewaltenteilung, wie sie in den USA und im revolutionären Frankreich umgesetzt wurde. Dies geschah in expliziter Abgrenzung von den alten Republiken wie Venedig, den Niederlanden und eben der Schweiz, wo die Gewalt ungeteilt bei exklusiven Ratsgremien lag.

Vor diesem Hintergrund spielte die Schweiz in der Geisteswelt des 18. Jahrhunderts eine paradoxe Rolle. Zum einen verkörperte vor allem deutsche Aufklärer sie als Hort ursprünglicher Freiheit – Schillers *Wilhelm Tell* ist ein spätes Beispiel dafür. Zum anderen verworfen etwa die *Federalist Papers* die Eidgenossenschaft als Vorbild für die neue Verfassung der USA: Die Zentralgewalt sei schwach



Napoleon bei seinem Aufenthalt in Basel am 24. November 1797.

und ineffizient, weshalb sich die Schweiz fremder Angreifer nicht erwehren könne. Das Land sei gespalten, weil die Kantone unterschiedliche Verfassungen hätten und sich in religiöser Intoleranz befänden; ausländische Vermittlung sei immer wieder nötig, um Bürgerkriege zu verhindern. Jean-Jacques Rousseaus Schicksal war ebenfalls bezeichnend: Als «citoyen de Genève» hatte er im *Contrat social* (1762) seine Heimatstadt, die Landsgemeinden und das Volk als das «glücklichste auf Erden» verkürt. Genfer wie Eidgenossen verboten jedoch seine Lehre, wonach die Menschen von Natur aus gleich und politisch frei seien. Seine Anhänger, aber auch viele andere, denen die beengten Verhältnisse in der Schweiz keine Entfaltung erlaubten, fanden Zuflucht und Karrieremöglichkeiten in den Hauptstädten des monarchischen Europa, so in Berlin, London und Paris.

In der Eidgenossenschaft dagegen waren politischen Reformen enge Grenzen gesetzt, obwohl im 18. Jahrhundert kaum ein Kanton oder Untertanengebiet von Unruhen verschont geblieben war. Die kleinen Gruppen von regimentsfähigen Familien schlossen ihre Mitbürger in den Hauptstädten von den politischen Entscheidungen aus, bevormundeten die Untertanen auf dem eigenen Territorium und nutzten die Ämter in den gemeinen Herrschaften zum eigenen Vorteil. Wer sich gegen die Vetternwirtschaft und die Geheimpolitik der Räte wehrte, landete nicht selten beim Henker, so etwa der Bernburger Samuel Henzi oder der Zürcher Pfarrer Johann Heinrich Waser. Nur der Einspruch von Aufklärern wie dem Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi bewahrte 1794 die Unterzeichner des Stäfer Memorials vor dem gleichen Schicksal, nachdem sie die Aufhebung der Feudallasten und die Gleichstellung der Landbewohner mit den Stadtzürchern gefordert hatten.

Insofern überraschte es nicht, dass ein Grossteil der eidgenössischen Eliten in der Revolutionszeit so entschieden für das Ancien Régime eintrat wie die Hunderte von Schweizergardisten, die im Tuileriensturm vom 10. August 1792 ihr Leben für Ludwig XVI. liessen. Ein Augenzeuge des Massakers war Napoleon Bonaparte. Sein Wissen über die Schweiz verdankte der Vielleiter seiner frühen Rous-



Die französische Armee am 19. Mai 1800 auf dem Grossen St. Bernhard. Holzstich von François Georgin.

seau-Lektüre und ergänzte es 1791 durch die eben erschienene Reisebeschreibung von William Coxe. Für Bonaparte war klar, dass die Schweiz in den französischen Machtbereich eingebunden bleiben musste, wie sie das seit dem 16. Jahrhundert war. Im Krieg gegen Österreich kam ihren Alpenpässen als Verbindung von Frankreich nach Italien hohe strategische Bedeutung zu. Nach seinen dortigen Erfolgen reiste der General Ende 1797 erstmals von Genf her durch die Schweiz, um zum Friedenskongress in Rastatt zu gelangen. Die Waadtländer empfingen ihn freudig, das aristokratische Bern mied er bewusst, der Basler Bürgermeister dankte ihm offiziell für den Einsatz für Frieden und Freiheit.

Es war auch im Sinn der modernen Vorstellung von Freiheit, dass Napoleon im selben Jahr dem souveränen Freistaat der Drei Bünde vorgeschlagen hatte, ihre bisherigen Untertanengebiete Veltlin, Chiavenna und Bormio als gleichberechtigten, vierten Bund in ihr Staatsgebilde aufzu-

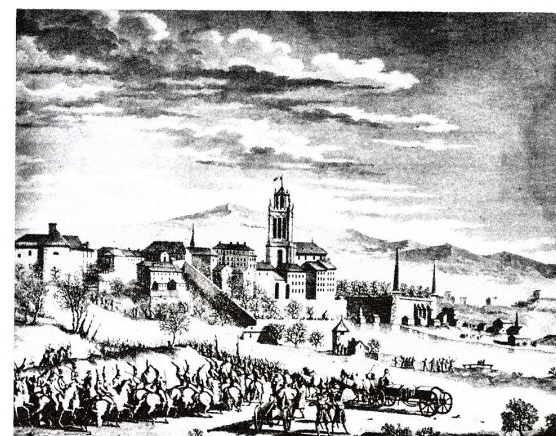
nehmen. 24 Gerichtsgemeinden Graubündens stimmten gegen eine Aufnahme, 21 dafür, 18 waren unentschieden oder enthielten sich. So kamen die Veltliner an die Cisalpinische Republik und später an die Lombardei. Man mag Napoleon vorwerfen, sein Machtspruch habe die umständliche Gemeindendemokratie missachtet. Doch diese war ein reaktionäres Werkzeug gegen menschen- und bürgerrechtliche Prinzipien, die zunehmend internationale Anerkennung fanden.

Das erlebte bald auch die Eidgenossenschaft. Die Spannungen zwischen Bern und seinen auf Gleichberechtigung pochenden Waadtländer Untertanen eskalierten im Januar 1798. Französische Truppen folgten einem Hilferuf aus der Waadt und besiegten unter General Brune mühelos die Patrizierkantone Bern, Freiburg und Solothurn. In der Innerschweiz erlahmte der Widerstand erst im Herbst 1798, nachdem 400 Nidwaldner, auch Frauen und Kinder, umgekommen waren. Für die Nidwald-

Auf seiner ersten Schweizreise 1797 machte Napoleon einen Bogen um das aristokratische Bern.



Der Freiheitshut mit Trikolore: das modische Bekenntnis zur Helvetischen Republik.



Am 5. März 1798 marschieren französische Truppen in Bern ein.

Die Verfassung von 1798 brachte der Schweiz die Abschaffung von Leibeigenschaft und Folter, Bürger- und Menschenrechte sowie die Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit.

ner waren es «die Schreckenstage». In den früheren Untertanengebieten und unter aufgeklärten Zeitgenossen erschien die Helvetische Republik jedoch als Chance für einen freiheitlichen Neuanfang.

Auf Bonapartes Anregung entwarf der Basler Oberzunftmeister Peter Ochs Anfang 1798 die erste gesamtschweizerische Verfassung, die allerdings vom französischen Direktorium noch stark modifiziert wurde:

- Wie in Frankreich stand ein fünfköpfiges Direktorium – die erste Landesregierung überhaupt – an der Spitze eines zentralistischen, gewaltenteiligen Einheitsstaates.
- Die Kantone waren nur noch Verwaltungseinheiten, zumeist mit neuen Grenzen. Die vier Innerschweizer Landorte wurden als Kanton Waldstätten zusammengefasst, ebenso Glarus mit den Gebieten um den Walensee als Linth; der Kanton Säntis umfasste die beiden Appenzell mit Stadt und Abtei St. Gallen. Neu hinzu kamen das Wallis und 1799 der Kanton Rhätien. Das stolze Bern verlor ausser der Waadt auch seine aargauischen Besitzungen und das Oberland.
- Alle Schweizer Männer, ausgenommen Geistliche und Juden, waren nun gleichberechtigt. Für Christen galt die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Wo die Leibeigenschaft noch existierte, wurde sie abgeschafft, ebenso die Folter.

- Die Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit ersetzte den bisherigen Zunftzwang.

In dieser Zeit spielte Napoleon für die Schweiz keine direkte Rolle, weil er auf seinem Feldzug in Ägypten weilte. Finanziert wurde diese Expedition allerdings mit den geplünderten Staatsschätzen namentlich von Bern und Zürich. Die Steuereintreibungen der Helvetischen Republik für ihre vielen neuen Aufgaben und die Einquartierung fremder Truppen verdüsterten das zeitgenössische Bild der «Franzosenzeit» weiter. Franzosen und Österreicher standen sich 1799/1800 im Zweiten Koalitionskrieg auf Schweizer Boden gegenüber, General Suworow zog mit seinen russischen Truppen aus Oberitalien durch die Alpen. Den umgekehrten Weg ging Bonaparte – inzwischen aus Ägypten zurück und Erster Konsul – im Mai 1800. Gegen die Österreicher führte er seine Armee über Genf nach Martigny und von dort über den Grossen St. Bernhard in die Poebene. Das war sein zweiter und zugleich letzter Aufenthalt in der Schweiz.

Der Krieg mit Österreich endete Anfang 1801 im Frieden von Lunéville, der unter anderem die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft garantierte. Vor allem aber hielt er fest, dass das Heilige Römische Reich Deutscher Nation seine linksrheinischen Territorien an Frankreich abtreten musste. In der folgenden Friedensphase ordnete Napoleon die Staaten in seinem Herrschaftsbereich neu. Hauptbetroffen war Deutschland, wo der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 die grossen Territorien wie Preussen, Bayern, Baden und Württemberg mit säkularisierten geistlichen Herrschaften und mediatisierten Reichsstädten für linksrheinische Gebietsverluste entschädigte. Von 260 Reichsständen blieben bis 1806 nur noch deren 34 übrig.

Für die moderne Schweiz war das Jahr 1803 ebenso wichtig; jedoch wegen Napoleons Vermittlungstätigkeit, der Mediation. Das Land hatte seit 1798 zahlreiche Regierungswechsel und Staatsstürche erlebt. Die Unitarier traten für den zentralistischen Einheitsstaat nach französischem Modell ein, während die Föderalisten die althergebrachte kantonale und kommunale Autonomie wiederherstellen wollten. Nach dem Frieden von Lunéville



Der Erste Konsul im
Mai 1800 am Grossen
St. Bernhard auf dem Weg
in die Poebene, wo er seine
Armee in den Kampf gegen
Österreich führen wird.
Gemälde von Paul Delaroche
aus dem Jahr 1848.

griff Napoleon als Vermittler ein und entwarf im April 1801 die sogenannte Verfassung von Malmaison. Beeinflusst vom amerikanischen Vorbild, schlug er eine bundesstaatliche Lösung mit zwei Kammern (Tagsatzung und Senat), aber unklarer Gewaltenteilung vor. Dieser Kompromiss zwischen föderalistischen und zentralistischen Anliegen sollte sich letztlich erst 1848 durchsetzen. 1801 nahmen die zerstrittenen Parteien dagegen weitgehende Veränderungen am Malmaison-Entwurf vor, bis die Unitarier im Sommer 1802 nach weiteren Umstürzen eine neue, zentralistische Verfassung erzwangen. Im Unterschied zu den Föderalisten wollten sie zudem ein, dass das Wallis, das erst vier Jahre zuvor zur Schweiz gelangt war, formal wieder eine selbständige Republik wurde, faktisch aber ein Satellitenstaat Napoleons und 1810 ein französisches Département. Damit kontrollierte Bonaparte die Alpenübergänge Simplon und St. Bernhard. Die restliche Eidgenossenschaft interessierte ihn nur als neutraler Puffer gegenüber dem feindlichen Österreich. Deshalb zog er überraschend schnell, aber in Übereinstimmung mit dem Frieden von Lunéville die französischen Truppen aus der Schweiz ab – «um Eure Unabhängigkeit zu ehren».

Prompt brach im Sommer 1802 der Bürgerkrieg aus, der lange geschwelt hatte. Im «Stecklikrieg» waren die Föderalisten oft nur unzureichend mit Holzknüppeln bewaffnet, kämpften aber unter der Führung erfahrener Offiziere aus der alten Aristokratie, so dass die Regierung Bern räumen und sich nach Lausanne zurückziehen musste. Einer auf die Waadt geschrumpften Helvetischen Republik stand nun eine Tagsatzung in Schwyz gegenüber, welche die alte Struktur des Landes wiederherzustellen schien. Napoleon sah darin die Gegenrevolution der «anciens oligarques», die sich an Grossbri-

tannien und Österreich orientierte. Auch wenn er zuvor zeitweise die Föderalisten gestützt hatte, verlangte der Erste Konsul Ende September 1802 in der Proklamation von Saint-Cloud, dass sie die Kämpfe beenden sollten. Obwohl er früher behauptet hatte, sich nach der gescheiterten Malmaison-Verfassung nicht wieder in schweizerische Angelegenheiten einmischen zu wollen, erklärte sich Bonaparte nun bereit, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, so wie das auch früher schon die französischen Könige getan hätten. Sonst würden die Schweizer fortfahren, sich umzubringen, nachdem ihr Parteienhader die Republik, einst von patriotischen Vorfahren errichtet, an den Rand des Abgrunds gebracht habe.

Als die Föderalisten dieses Vermittlungsangebot nicht annahmen, marschierten wieder französische Truppen zur Befriedung der Schweiz ein. Sie lösten die föderalistische Tagsatzung in Schwyz auf, inhaftierten einige ihrer Exponenten vorübergehend, setzten die helvetische Regierung wieder ein. Nun war der Weg frei für die «Consulta», die beratende Versammlung für eine neue Verfassung,

→ Fortsetzung Seite 41



Die Franzosen plündern die Staatsschätze von Bern und Zürich. Radierung nach Balthasar Anton Dunker aus dem Jahr 1798.

→ Fortsetzung von Seite 34

die Napoleon Ende 1802 nach Paris einberief. Vorbild war die Consulta, in der er zu Beginn desselben Jahres in Lyon italienische Notabeln versammelt hatte, die den Übergang von der Cisalpinischen zur Italienischen Republik verfassten. 63 Schweizer Vertreter kamen nun in Paris zusammen, davon nur 18 Föderalisten wie der Freiburger Louis d'Affry, der angehende erste Landammann der Eidgenossenschaft. Ihnen sassen 45 Unitarier gegenüber wie Peter Ochs, Heinrich Pestalozzi, Philipp Albert Stapfer, der schweizerische Botschafter in Paris, oder Paul Usteri, der künftige Neubegründer und Chefredaktor der NZZ. Ein weiterer Teilnehmer der Consulta, der Thuner Artillerieoffizier Karl Koch, flehte: «Gebe uns der Himmel einen Meister, dem wir alle gehorchen müssen!! damit einst die ewigen Umwälzungen und Aufstände aufhören müssen.» Die helvetische Exekutive, der Vollziehungsrat, erklärte, die grosse Mehrheit der schweizerischen Nation halte eine ausländische regulierende Gewalt für unabdingbar, um die vielen gegensätzlichen Interessen zu versöhnen, die einander bewaffnet gegenüberstünden: «Und es ist in Ihnen, Bürger Erster Konsul, dass sie eine solche Gewalt erkennt.»

Bei der Begrüssung der Delegierten zeigte Napoleon am 10. Dezember 1802, dass er ihre Verhältnisse gut kannte. «Die Schweiz ist keinem anderen Land ähnlich, weder im Geschichtsverlauf der letzten Jahrhunderte noch hinsichtlich der geografischen und topografischen Lage, der verschiedenen Sprachen und Konfessionen und auch nicht der Sitten, worin sich die Landesteile extrem unterscheiden. Die Natur hat euch zu einem föderativen Staate gebildet. Kein kluger Mann versucht, die Natur zu besiegen. Die Umstände und der Geist der vorangegangenen Jahrhunderte hatten bei euch teils souveräne Völker, teils Untertanen hervorgebracht. Neue Umstände und der veränderte, mit der Vernunft besser übereinstimmende Geist eines neuen Jahrhunderts haben die Gleichheit der Rechte zwischen allen Teilen eures Gebietes wiederhergestellt.»

Bonaparte wollte die Verfassung der Schweiz ihrer Uneinheitlichkeit anpassen, die der Geschichte und Landesnatur entsprang – und nicht der Vernunft. Vernünftig waren hingegen die Prinzi-

prien der Revolution, von denen er die Rechtsgleichheit der Kantone und der Bürger nicht preisgeben mochte. Dazu war aber, zur Enttäuschung der Unitarier, kein Einheitsstaat nötig. «Je mehr ich über die Beschaffenheit Eures Landes nachgedacht habe, desto stärker ergab sich für mich aus der Verschiedenheit seiner Bestandteile die Überzeugung der Unmöglichkeit, es einer Gleichförmigkeit zu unterwerfen; alles führt Euch zum Föderalismus hin.» Das entspreche auch den Dimensionen der Schweiz: Wenn sie eine bedeutende Rolle in Europa spielen wollte, dann müsste sie drückende Abgaben erheben und damit ein starkes Heer finanzieren. Das widerspreche dem Volkswillen. «Ihr bedürft der Ruhe, der Unabhängigkeit und einer von allen Euch umringenden Mächten anerkannten Neutralität. Seitdem das Wallis von Euch getrennt und der Simplon für Frankreich offen ist, steht diesen Erfordernissen nichts mehr entgegen.»

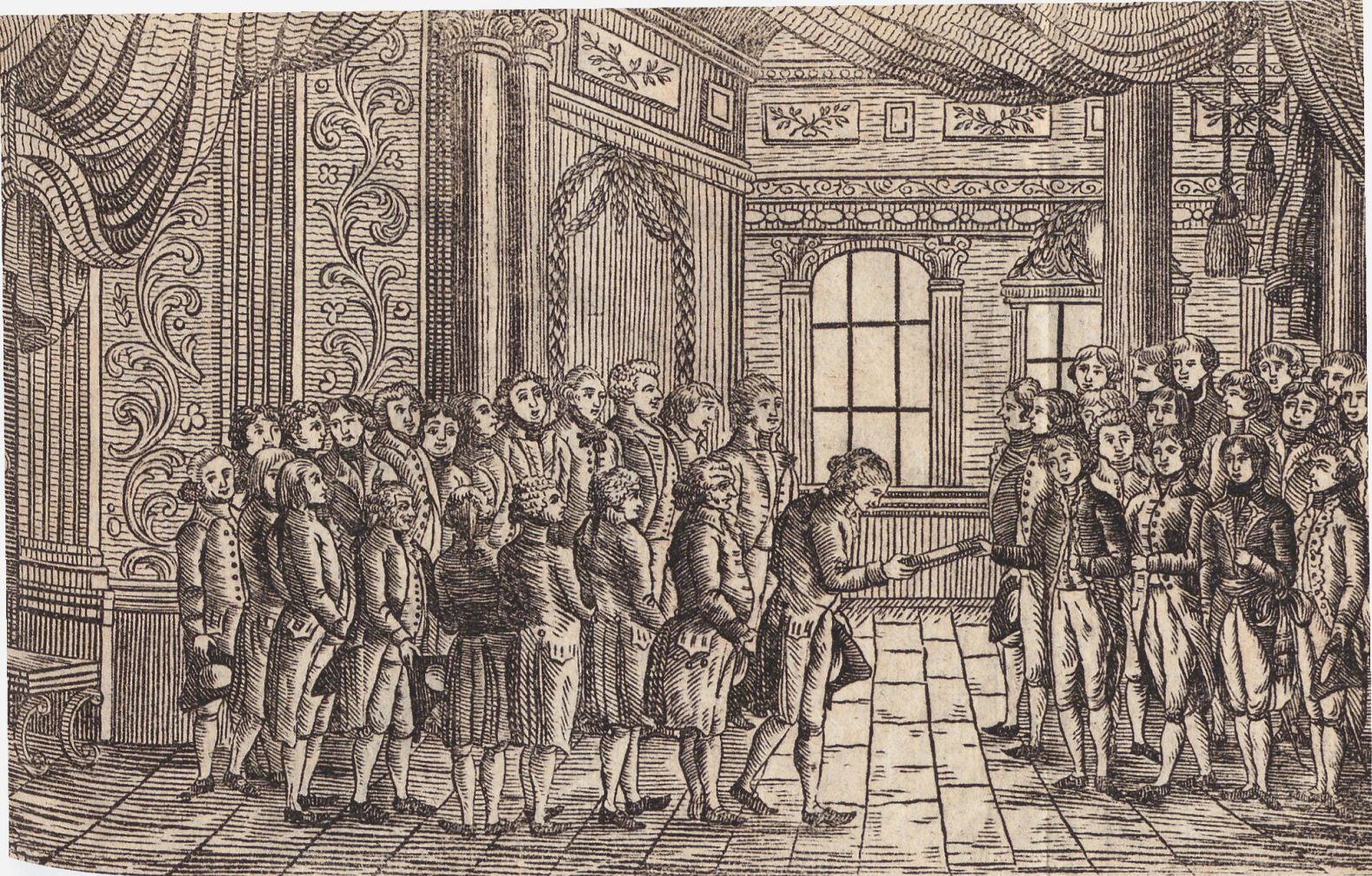
Solange die Eidgenossenschaft nicht Beute der Oligarchen wurde und von Frankreich abzufallen drohte, kümmerten die Details ihrer inneren Struktur Napoleon wenig. Während er die Bundesverfassung selbst formulierte und dann nur noch einer Gruppe von je 5 Unitariern und Föderalisten zur Diskussion stellte, hatten die Gesandten bei der Formulierung ihrer jeweiligen Kantonsverfassungen viel Spielraum. Der Mediator zeigte sich offen für Vorschläge, die er nicht nur von der Consulta erbat, sondern ausdrücklich von allen Kantonen, Städten, Gemeinden und Einwohnern der Schweiz.

Bei seiner Verfassungsgebung stützte sich Bonaparte auf vier Berater, nämlich François Barthélemy, den ehemaligen französischen Botschafter in der Schweiz, und Jean-Nicolas Dèmeunier, der sich als Buchautor mit dem Corpus Helveticum beschäftigt hatte, ferner auf den Juristen Pierre-Louis Roederer sowie Joseph Fouché, den berüchtigten langjährigen Polizeiminister. Mit ihnen verfolgte er durchaus traditionelle Ziele der (monarchischen) französischen Aussenpolitik, namentlich eine gesicherte Ostflanke entlang der Freigrafschaft Burgund. Zugleich wollte er verhindern, dass seine eigenen Truppen länger in der Schweiz gebunden blieben; vielmehr wollte er von dort Soldaten für seine eigenen Kriege rekrutieren.

«ICH SPRECHE ZU EUCH, ALS WÄRE ICH EIN SCHWEIZER»

Aus Bonapartes Ansprache an die Consulta, Saint-Cloud, 12. Dezember 1802:

«Wie wolltet Ihr eine Central-Regierung bilden? Dazu besitzt Ihr zu wenig ausgezeichnete Männer. Schon einen tüchtigen Landammann zu finden, würde Euch schwer genug fallen. Glückliche Ereignisse haben mich an die Spitze der französischen Regierung berufen, und doch würde ich mich für unfähig halten, die Schweizer zu regieren. Wäre der erste Landammann von Zürich, so wären die Berner unzufrieden; wählt Ihr einen Berner, so schimpfen die Zürcher. Wählt Ihr einen Protestanten, so widerstreben alle Katholiken, und so wieder umgekehrt.... Solltet Ihr aber auch alles Erwünschte finden, und ich würde etwas von Euerm Landammann fordern, das er mir nicht gewähren wollte, so würde ich ihm mit der Absendung von zwanzigtausend Mann drohen, und er müsste gehorchen. Muss ich mich hingegen an den einzelnen Kanton wenden, so wird der Entscheid von einer Behörde zur andern geschoben, jede decliniert gegen mich ihre Kompetenz und antwortet mir: kommt, esset unsere Berge. Zuletzt muss die Tagsatzung einberufen werden, dazu bedarf es zweier Monate Zeit, und während diesem Versuche zieht das Gewitter vorüber, und Ihr seid gerettet. Hierin liegt die wahre Politik der Schweiz. Ich spreche zu Euch, als wäre ich selbst ein Schweizer; für kleine Staaten ist die Föderation ungemein vorteilhaft. Ich selbst bin ein geborener Bergbewohner; ich kenne den hieraus entspringenden Geist. Nur keine Einheit, keine Truppen, keine Central-Finanzen, keine Central-Abgaben, keine diplomatischen Agenten bei den andern Mächten, und damit habt Ihr schon mehrere Mal hunderttausend Franken erspart. Die Schweiz soll sich darauf beschränken, ihre innern Angelegenheiten wohl zu verwalten, sie soll der dreifachen Gleichheit, der Kantone je einer zu dem andern, der Städtebewohner je die einen zu den andern, der Städte und der Landbewohner geniessen und sich dabei auf die französische Freundschaft stützen.»



Am 19. Februar 1803 überreicht Napoleon den Schweizer Deputierten die Mediationsakte.
Holzstich nach Félix Philippoteaux aus dem Jahr 1860.

Bonapartes grosse Wertschätzung galt den kleinen Kantonen.

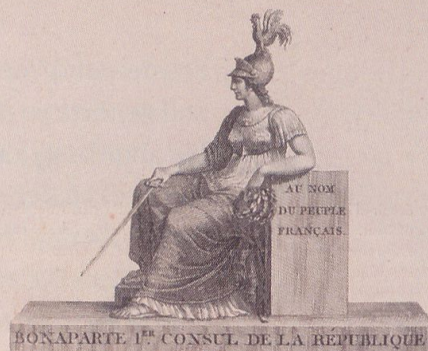
Dazu sollte ein verantwortlicher Landamann an der Spitze der Schweiz stehen, gleichsam Napoleons Ansprechpartner und Briefträger. Das war keine schweizerische Sonderlösung: Die Batavische und die Italienische Republik erhielten, wie Frankreich selbst, damals ein einzelnes Haupt der Exekutive. Laut Stapfer, dem Schweizer Botschafter in Paris, war Bonapartes Ziel, «die Schweiz in politischer Hinsicht auszuschalten». Er verfügte den beruhigenden Föderalismus, zentrale Organe jedoch nur insoweit, als sie für die militärische Allianz mit Frankreich nötig schienen: Die Tagsatzung konnte mit Dreiviertelmehrheit Krieg erklären oder

Frieden und Verträge schliessen. Auch der Aussenzoll gehörte zu den Zuständigkeiten der Zentrale, die allerdings kaum aus mehr bestand als aus dem Bundeskanzler – einer neuen Institution, die bis heute überlebt hat.

Vom Dezember 1802 bis zum Februar 1803 wirkte Bonaparte in mehreren langen Arbeitssitzungen für die Mediation. Den Unitariern mutete er die Wiederherstellung der Landsgemeinde-
demokratie zu, verweigerte aber den dortigen Föderalisten das Zensuswahlrecht, welches das Wahlrecht an Vermögensgrenzen bindet. Das sei in Frankreich oder in Bern erträglich, nicht aber in einem armen Land, in dem die Bürger grundsätzlich gleichgestellt seien. Während er in den Patriziern verbohrt Feinde Frankreichs und der Revolution erkannte, galt diesen Landsgemeinden Napoleons persönliche Wertschätzung: «Ce sont vos petits Cantons seuls que j'estime.» Das zeigte sich auch im Beschluss, den Kanton Säntis wieder aufzutrennen. Das war irrational, da St. Gallen die beiden Appenzell rings umgab. Doch Dèmeunier meinte, die

Die Mediationsakte vom 19. Februar 1803

Die Mediationsakte besteht aus einer Präambel, den 19 Kantonsverfassungen und den 40 Artikeln der eidgenössischen Bundesakte. Die früheren Landsgemeindekantone erhielten ihre direktdemokratische Ordnung zurück, der neue Kanton Graubünden seine traditionelle Referendumsdemokratie der Gerichtsgemeinden. Die Stadtkantone der alten Eidgenossenschaft etablierten wieder oligarchische Räte, während die neuen Kantone trotz Zensus eher parlamentarisch-repräsentativ verfasst waren. In der Mediationsakte blieben von den Grundrechten der Helvetik nur einige vor allem wirtschaftliche Freiheitsrechte erhalten. Artikel 3 bestätigte jedoch die Rechtsgleichheit der Schweizer und der Kantone untereinander: «Il n'y a plus en Suisse ni pays sujets, ni privilèges de lieux, de naissance, de personnes ou de familles.» Diese Formulierung ging fast wörtlich in Artikel 4 der Bundesverfassung von 1848 ein. An die Stelle des helvetischen Parlaments trat wieder die Tagsatzung, zu der alle Kantone einen Vertreter entsenden, die grossen Kantone deren zwei. In jährlichem Wechsel zwischen den Direktorialkantonen Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Zürich und Luzern führte ein Vorort die Regierungsgeschäfte; sein Standeshaupt wurde jeweils Landammann der Schweiz.



ACTE DE MÉDIATION

Fait par le PREMIER CONSUL de la République française, entre les Partis qui divisent la Suisse.

BONAPARTE, premier Consul de la République, Président de la République italienne, AUX SUISSES.

L'HELVÉTIE, en proie aux dissensions, était menacée de sa dissolution : elle ne pouvait trouver en elle-même les moyens de se reconstituer. L'ancienne affection de la nation française pour ce peuple recommandable, qu'elle a récemment défendu par ses armes et fait reconnaître comme puissance par ses traités; l'intérêt de la France et de la République italienne, dont la Suisse couvre les frontières; la demande du sénat, celle des cantons démocratiques, le vœu du peuple helvétique tout entier, nous ont fait un

A

«Vermittlung zwischen den schweizerischen Parteien.»
Titelseite der Mediationsakte.

Appenzeller seien immer demokratisch gewesen und hassten die St. Galler, die jahrhundertlang Untertanen des Fürstbistums gewesen waren. Napoleon erklärte dazu: «Frankreich hat ein Interesse daran, die Demokratie bis an die Grenzen Österreichs zu tragen. Das wird dazu führen, dass Österreich nie versucht sein wird, sich der Schweiz zu bemächtigen, und dass es immer in Tirol die Ansteckung durch die Volksideen fürchten muss.»

Nach drei weiteren Wochen Feinredaktion überreichte der Erste Konsul am 19. Februar 1803 in den Tuilerien feierlich die Mediationsverfassungen und verabschiedete die Gesandten zwei Tage später. Bereits im Sommer desselben Jahres erneuerte er die Defensivallianz, die ihm erlaubte, bei einem Angriff auf Frankreich 8000 «freiwillige» Schweizer auszuheben. Dank einer Militärkapitulation erhielt er zudem das Recht, vier Regimenter zu je 4000 Mann anzuwerben, wovon der Kaiser ab 1807 Gebrauch machte. Viele der oft mit Zwang zum Militärdienst Verpflichteten liessen 1812 ihr Leben beim Russlandfeldzug. Allerdings war ihr prozentualer Anteil weniger hoch als derjenige anderer europäischer Hilfsvölker wie der Polen.

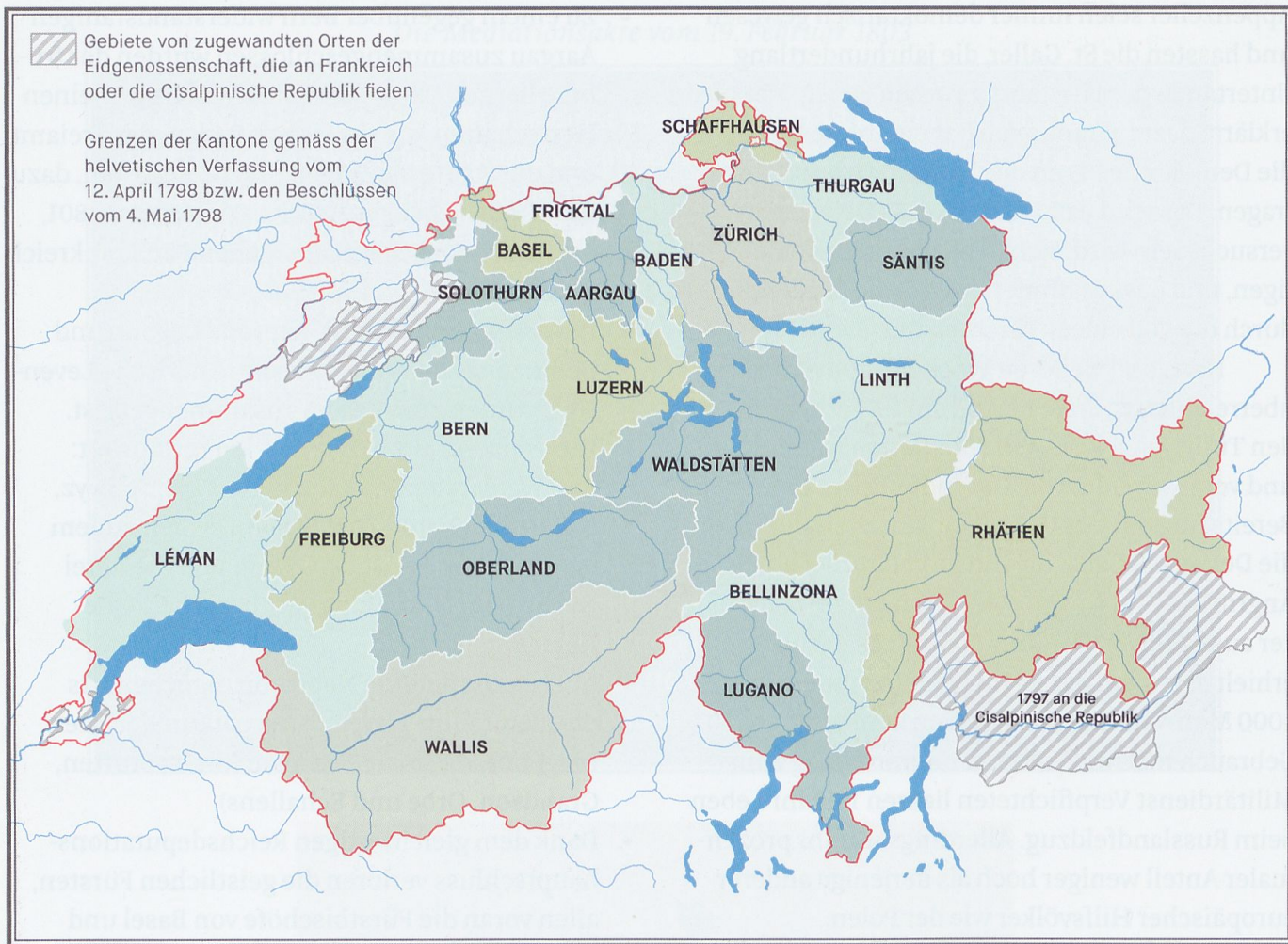
Langfristig weit folgenreicher als die aussenpolitischen Implikationen waren die innenpolitischen, territorialen Bestimmungen von Napoleons Mediationsverfassung:

- Dank dem Prinzip der Rechtsgleichheit gehörten die aus ehemaligen Untertanengebieten oder zugewandten Orten neu gebildeten Verwaltungseinheiten von 1798 nun als gleichrangige, autonome Kantone der Eidgenossenschaft an: St. Gallen, Aargau, Thurgau, Waadt, Tessin, dazu das zuvor unabhängige Graubünden. Bis auf die Waadt und das Tessin waren sie gemischt-konfessionell, was für das spannungsreiche politische Zusammenwachsen der Nation in der Sonderbundskrise der 1840er Jahre von grosser Bedeutung sein sollte.
- St. Gallen umfasste die Stadt, das vormalige fürstbischöfliche Territorium und die gemeinen Herrschaften Rheintal, Sargans, Gaster, Uznach und Rapperswil sowie die Herrschaften Sax und Werdenberg.

- Zu einem gegenüber Bern widerstandsfähigen Aargau zusammengeschlossen wurden der frühere Berner Aargau und die ehemals gemeinen Herrschaften, die Grafschaft Baden, das Freiamt und die Städte Mellingen und Bremgarten, dazu das ehemals habsburgische Fricktal, das 1801, da linksrheinisch, vorübergehend an Frankreich gefallen war.
- Die südlichen Helvetik-Kantone Lugano und Bellinzona sowie die vormaligen ernerischen Leventina wurden zum Tessin zusammengefasst.
- Die dreizehn alten Orte wurden restauriert: Aus Waldstätten wurden wieder Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug. Schwyz erhielt zudem den früheren Freistaat Gersau und die Abtei Einsiedeln, Nidwalden vorübergehend die Abtei Engelberg.
- Auch sonst änderte Napoleon manchenorts die kleinteilige Herrschaftsstruktur der alten Eidgenossenschaft (Stein am Rhein, Murten, Grandson, Orbe und Echallens).
- Dank dem gleichzeitigen Reichsdeputationshauptschluss verloren die geistlichen Fürsten, allen voran die Fürstbischöfe von Basel und Chur und der Fürstbistum von St. Gallen, endgültig ihre weltlichen Hoheitsrechte.

Die territoriale Reorganisation ist das bis heute gültige Hauptergebnis der Mediationsverfassung. Dazu zählen auch die administrative Einteilung der Kantone in Bezirke und manchenorts die Institution des Préfet oder Regierungsstatthalters. Das Land nahm nun den offiziellen Titel «Schweizerische Eidgenossenschaft» an und kam endlich zur Ruhe, weil die Eliten ihre restaurativen oder liberalen Ziele auf ihren jeweiligen Kanton beschränkten. Auf nationaler Ebene herrschte nicht nur bis 1814 Frieden, er erlaubte auch gemeinsame Projekte wie die 1807 begonnene Linthkorrektur.

Napoleons Kontinentalsperre, mit der er den britischen Handel lahmzulegen versuchte, brachte zwar auch die Schweiz in grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten, eröffnete ihr aber durchaus auch Chancen durch den Wegfall der englischen Konkurrenz. Der liberale Vorkämpfer Heinrich Zschokke urteilte 1822 rückblickend über die Mediationsjah-



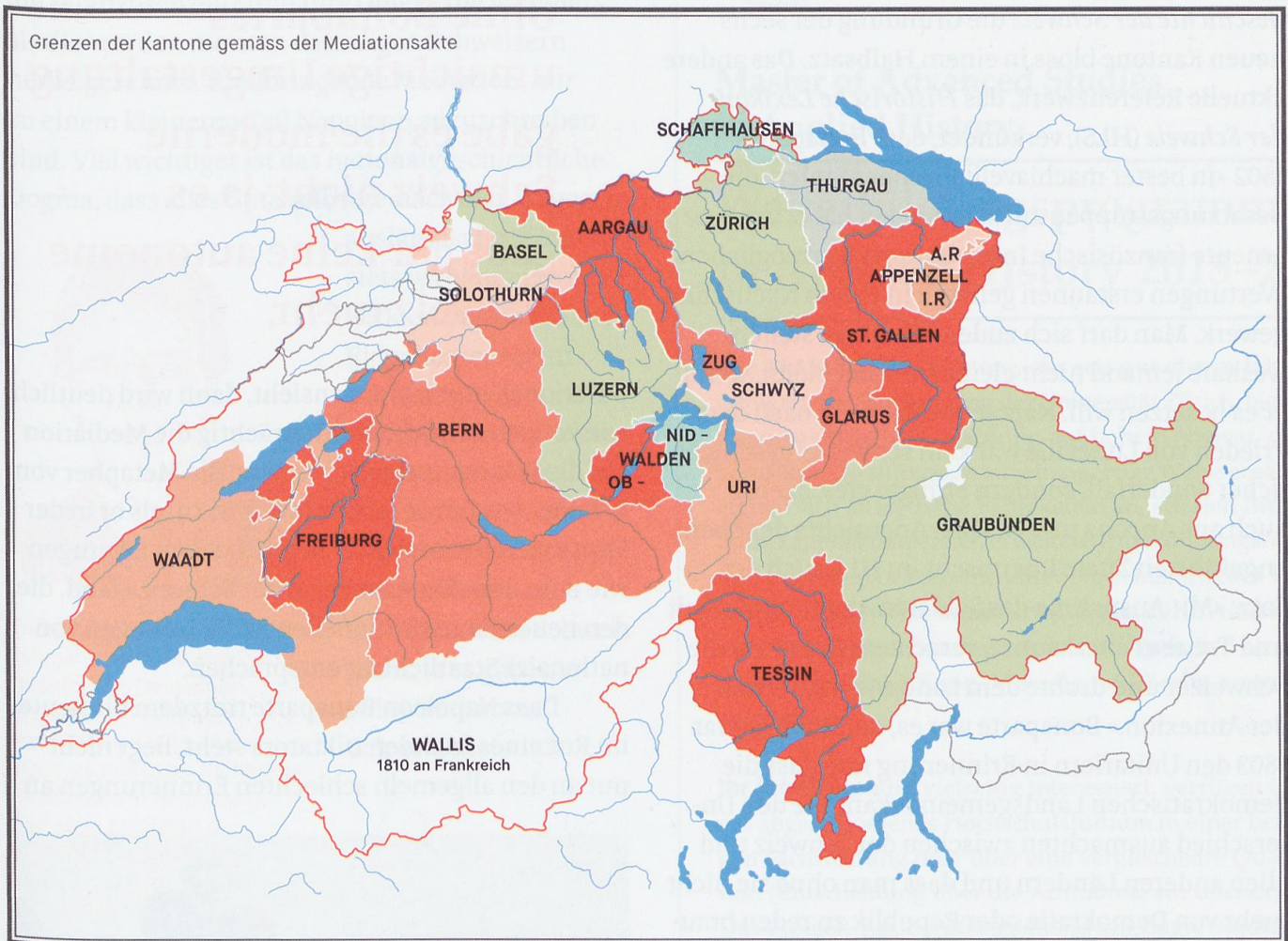
DIE HELVETISCHE REPUBLIK
1798-1802

re: «Binnen einem Jahrzehnd ward im Schweizerlande mehr Löbliches gestiftet und volbracht, als sonst in einem Jahrhundert.»

Die alte Eidgenossenschaft hatte an nationalen Organen nur die Tagsatzung gekannt, einen Gesandtenkongress, der keine verbindlichen Entscheidungen fällen konnte. Wäre diese Schweiz ohne die französischen Eingriffe von 1798 und 1803 zu einer grundlegenden Modernisierung fähig gewesen oder auch nur zu einer massvollen Anpassung an die Erfordernisse der Zeit? Die negative Antwort gaben die alten Kantone 1814, als Napoleons Reich zerfiel. Nicht nur erklärten zehn der dreizehn alten Orte die Mediationsverfassung umgehend für aufgehoben. Vor allem Bern und die Innerschweizer bestanden darauf, die früheren Untertanenverhältnisse wieder herzustellen. Ein Bürgerkrieg drohte, und es war nicht das Verdienst

der Eidgenossen, dass er ausblieb. Wie zuvor Napoleon vermittelten am Wiener Kongress von 1815 nun die Mächte, die Bonaparte besiegt hatten. Sie liessen die sechs napoleonischen Kantone von 1803 in ihrer territorialen Struktur unverändert bestehen, ja die Schweiz erhielt noch drei neue dazu: Wallis, Neuenburg und Genf; ferner mit dem früheren Fürstbistum Basel, das grösstenteils an Bern fiel, auch die Basis des späteren Kantons Jura.

Viele Schweizer wollten stattdessen den alten Bund souveräner Kleinstaaten wiederherstellen und nicht auf einer neuen, mehrsprachigen und konstitutionellen Basis die Zukunft gestalten. Nidwalden war sogar erst nach einer militärischen Intervention der Tagsatzung bereit, dem erzföderalistischen Staatenbund von 1815 beizutreten – und verlor daraufhin prompt das proeidgenössische Engelberg, das seither eine Obwaldner Exklave ist.



DIE SCHWEIZERISCHE
EIDGENOSSENSCHAFT 1803-14

Was wäre passiert, wenn sich die nostalgischen Reaktionäre 1803 durchgesetzt hätten? Napoleon Bonaparte hätte nie geduldet, dass diese ihre 1798 emanzipierten Untertanen und vor allem die sprachverwandten Waadtländer wieder in vormoderne Unfreiheit gelegt hätten. Genauso wie die sturen Bündner 1797 das Veltlin verloren, hätte die Eidgenossenschaft in diesem Falle das Tessin an die Lombardei abtreten müssen, und die heutige Westschweiz würde ein oder zwei französische Départements bilden. Wäre in dieser Konstellation die liberale Tagsatzungsmehrheit von 1847 möglich geworden, die den Sonderbund besiegte und den Bundesstaat schuf? Und hätten umgekehrt die Grossmächte über eine Rumpfschweiz befunden, ihre Unabhängigkeit und Neutralität liege im Interesse Europas, wie das der Wiener Kongress 1815 festhielt?

Über alternative Geschichtsverläufe kann man bloss spekulieren. Zu fragen ist allerdings abschliessend, weshalb Napoleon nicht die verdiente Wertschätzung als Erfinder der modernen Schweiz bekommt, die er – bei aller Ambivalenz – etwa in den Niederlanden, in Italien oder in Deutschland geniesst. «Am Anfang war Napoleon», Thomas Nipperdeys berühmter erster Satz seiner *Deutschen Geschichte* des 19. Jahrhunderts, gilt noch viel mehr für die Schweiz. Hier haben die Aussen- und Binnengrenzen von 1803 und 1815 bis zum heutigen Tag Bestand. Hier wirkte das aufklärerische Erbe von Helvetik und Mediation, das vor allem in den neuen Kantonen die aristokratische Reaktion überlebte und den liberalen Verfassungswandel 1830 auf kantonaler, 1848 auf nationaler Ebene ermöglichte.

Trotzdem erwähnt Irène Herrmann in der neuen, von Georg Kreis 2014 herausgegebenen

Geschichte der Schweiz die Gründung der sechs neuen Kantone bloss in einem Halbsatz. Das andere aktuelle Referenzwerk, das *Historische Lexikon der Schweiz* (HLS), verkündet, dass Bonaparte 1802 «in bester machiavellistischer Manier» die Besatzungstruppen zurückgezogen habe, um eine erneute französische Intervention zu ermöglichen. Wertungen erstaunen generell in einem Nachschlagewerk. Man darf sich zudem die Frage stellen, weshalb jemand nicht gleich im Land bleibt, wenn er es besetzen will. Napoleons Rückzug nach dem Frieden von Lunéville war kein schweizergeschichtlicher Sonderfall, sondern erfolgte gleichzeitig auch aus Ancona und Neapel. Angesichts der oben angeführten Zitate überrascht im HLS auch der Satz: «Mit Ausnahme der Soldaten, deren Tapferkeit und Treue er anerkannte, verachtete Napoleon die Schweizer und drohte dem Land mehrmals mit der Annexion.» Bonaparte war es, der Ende Januar 1803 den Unitariern in Erinnerung rief, dass die demokratischen Landsgemeindekantone den Unterschied ausmachten zwischen der Schweiz und allen anderen Ländern und dass man ohne sie nicht mehr von Demokratie oder Republik zu reden brauche. Sie widersprächen zwar der Vernunft; doch wo diese gegen das Herkommen stehe, müsse sich das Herkommen durchsetzen, zumal in der Nation, die einst als erste den Europäern Freiheit und Gleichheit vorgeführt habe. Diese pragmatische Position, diese treffende Analyse vermisste man 1803 bei den aufklärerischen Unitariern ebenso wie bei den föderalistischen Reaktionären.

Überraschender als Annexionsdrohungen Napoleons, die er anderen gegenüber – beispielsweise 1809 in den Niederlanden – tatsächlich vollzog, ist letztlich die Tatsache, dass die Schweiz nach dem Revolutionszeitalter unversehrt als einzige Republik dastand. Die Option, ein Königreich Helvetien unter einem Napoleoniden oder dem Grossherzog von Baden zu bilden, erwog Kaiser Napoleon I. durchaus. Im Revolutionszeitalter verloren alle anderen vormodernen Republiken ihre Unabhängigkeit oder wurden Monarchien: Venedig und Genua, die deutschen Reichsstädte, die Niederlande, Polen. Wenn man Napoleons massive Umgestaltung Deutschlands durch den Reichsde-

Ohne Bonapartes umsichtige Umgestaltung gäbe es die moderne Schweiz nicht; ja es gäbe gar keine autonome Schweiz mehr.

putationshauptschluss ansieht, dann wird deutlich, wie kongenial und zukunftssträchtig die Mediation auf die Schweiz ausgerichtet war. Die Metapher vom Erfinder der Schweiz trifft insofern zu, als er in der Vergangenheit und ihrer Begrifflichkeit Lösungen wie etwa den «Landammann der Schweiz» fand, die den neuen, konstitutionellen Anforderungen von nationaler Staatlichkeit entsprachen.

Dass Napoleon Bonaparte trotzdem bis heute im Ruf eines fremden Diktators steht, liegt nicht nur an den allgemein schlechten Erinnerungen an



Napoleon hält die politische Schaukel zwischen einem perückentragenden Föderalisten und einem Anhänger der Helvetik im Gleichgewicht und steht selbst auf dem Wallis. Karikatur von David Hess aus dem Jahr 1802.

die «Franzosenzeit» und ihre Opfer – die ja, anders als die von den meisten damaligen Schweizern herbeigesehnte, friedbringende Mediation, nur zu einem kleineren Teil Napoleon zuzuschreiben sind. Viel wichtiger ist das nationalgeschichtliche Dogma, dass alles Gute selbstgemacht sei, wogegen



Thomas Maissen,
Jahrgang 1962, ist seit 2013
Direktor des Deutschen
Historischen Instituts in
Paris. Davor wirkte er seit
2004 als Professor für neuere
Geschichte in Heidelberg.
Seit 1994 publiziert er
in der NZZ regelmässig
über historische Themen.
Maissens jüngstes
Buch, *Schweizer Helden-
geschichten – und was
dahintersteckt*, ist soeben
im Verlag Hier + Jetzt
erschienen. 2010 hat
er dort seine *Geschichte
der Schweiz* publiziert,
die inzwischen aktualisiert
in fünfter Auflage vorliegt.

ausländische Eingriffe
stets verhängnisvoll
wirkten. Als ob die alte
Eidgenossenschaft
mit ihren Rechtsun-
gleichheiten bis heute
fortdauern sollte
oder könnte! Ohne
Napoleons umsichtige
Umgestaltung gäbe
es die moderne Schweiz
nicht; ja es gäbe gar
keine autonome
Schweiz mehr. |G|



Weiterführende Literatur

- Alain-Jacques Czouz-Tornare (Hg.):
Quand Napoleon Bonaparte recree
la Suisse. Paris 2005.
- Alfred Dufour, Till Hanisch, Victor
Monnier (Hg.): Bonaparte, la Suisse
et l'Europe. Zürich 2003.
- Victor Monnier: Du Bonaparte et la
Suisse. Travaux preparatoires de
l'Acte de Mediation. Genf/Basel
2002.
- Mario Turchetti: La Suisse de
la Mediation dans l'Europe
napoleonienne (1803–1814) / Die
Schweiz unter der Mediationsakte
in Napoleons Europa (1803–1814)
Freiburg i. Ü. 2005.